Beschluss Weil die Demokratie wehrhaft sein muss – AfD Verbotsverfahren vorbereiten und einleiten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 11. Dringlichkeitsanträge

## **Antragstext**

- Die AfD ist eine rechtsextreme Partei. Diese geäußerte Einschätzung des
- Bundesamts für Verfassungsschutz kann in der Sache nicht überraschen. Wer die
- AfD in Parlamenten oder im Netz beobachtet, sieht immer wieder, wie sie Menschen
- mit internationaler Familienbiografie ihre Würde ganz oder teilweise abspricht,
- gegen queere Menschen hetzt und staatliche Institutionen verächtlich macht.
- 6 Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren von einer europakritisch-
- 7 populistischen über eine völkisch-nationalistische hin zu einer klar
- 8 rechtsextremen Partei entwickelt. Ihr ethnisch definierter Volksbegriff ist
- 9 unvereinbar mit der Menschenwürde und damit mit der freiheitlich-
- demokratischen Grundordnung. Aus unserer Sicht sind damit die Voraussetzungen
- und damit die Verpflichtung unsererseits für ein Parteiverbotsverfahren gemäß
- 12 Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz gegeben.
- Dieser Artikel schafft nicht nur die Möglichkeit eines Verbotsverfahrens über
- das in der Sache das Bundesverfassungsgericht entscheidet –, sondern formuliert
- auch einen klaren Auftrag: Die Demokratie ist wehrhaft und sie muss wehrhaft
- bleiben. Es braucht einen Verbotsantrag gegen diese völkische, rechtsextreme
- Partei, damit das Bundesverfassungsgericht über ihre Verfassungswidrigkeit
- entscheiden kann. Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich deshalb politisch und
- 19 gesellschaftlich auf allen Ebenen für ein solches Verfahren ein.
- Niemand behauptet, ein Verbot allein könne rechtsextreme Einstellungen,
- strukturelle Beschleuniger für rechtsextremes Gedankengut, Propaganda-
- 22 Algorithmen oder das schwindende Vertrauen in demokratische Institutionen
- beheben. Wir brauchen weiterhin eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft,
- die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen, einen Staat, der
- einfach funktioniert, und vieles mehr, um den Rechtsextremismus zurückzudrängen.
- 26 Ein Verbot der AfD hat den entscheidenden Vorteil, dass staatliche
- 27 Parteienfinanzierung nicht mehr für rechtsextremen Hass und menschenverachtende
- 28 Hetze eingesetzt werden kann, dass Parteistrukturen zerschlagen werden, die
- 29 aktuell tief in die rechtsextreme, gewaltbereite Szene hineinreichen, und
- Nachfolgeorganisationen verboten sind. Ein Verbot der AfD bedeutet eine
- Schwächung des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland.
- Ein Verbotsverfahren beantwortet zudem die entscheidende Frage: Sind
- Demokrat\*innen bereit, wehrhaft zu sein? Sind sie bereit, nicht nur inhaltlich
- 34 gegen Rechtsextremismus zu kämpfen, sondern auch die rechtlichen Grenzen zu
- ziehen, die unsere Verfassung gegenüber antidemokratischen Parteien vorsieht,
- die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen oder
- 37 beeinträchtigen wollen?
- Einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, heißt nicht nur,
- yon einem Instrument des Grundgesetzes Gebrauch zu machen. Es heißt, dem Auftrag

- nachzukommen, den uns die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 76 Jahren auf den Weg gegeben haben.
- Lasst uns zusammen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung streiten!
- Für unsere Freiheit, für unsere Demokratie, für die Würde der Menschen!

41